

Ein schwieriges und schlimmes Ergebnis für die SPD

Wie geht's weiter?

... das schrieb Jan Stöß vergangenen Montag, den 13. Februar 2023, und er hat recht. Deshalb ist die unmittelbare Lehre für die nächsten Tagen erst einmal:

- sich nicht vordrängen, deshalb klar (auf der Landesebene) kommunizieren, dass der Ball im Feld der CDU liegt. Stellt euch vor, die SPD sagt, sie will weiter regieren und anschließend gibt es ein Bündnis schwarz-grün, dann können wir den Laden zumachen.
- eine rasche, schnelle Analyse - das dauert nicht länger als 3 Wochen - der wichtigsten Fehler vornehmen, denn wenn die SPD nicht weiß, was sie anders machen will, wird das auch nicht stattfinden. Dazu ein paar Anmerkungen weiter unten.
- vermutlich wird die CDU zu Sondierungsgesprächen einladen. Es ist davon auszugehen, dass sie weder AfD noch Linkspartei einladen wird, aber sehr wohl Grüne und SPD. Es wird in diesem Zusammenhang großes Rauschen im Blätterwald geben, deshalb ist eine Verständigung in der SPD erforderlich, was die ‚big points‘ sind, ohne die mit uns nichts geht. Es muss jeder wissen, dass es sein kann, und die Medien werden darauf hinarbeiten, dass die Grünen möglicherweise ‚billiger zu haben sind‘ und dass dann die SPD in die Opposition geht. Wenn wir eine rasche Analyse hinbekommen, sollten wir auch die richtigen ‚big points‘ benennen können.
- wir haben in den letzten Jahren alles erlebt. Das Sondierungsgespräche zu Koalitionen geführt haben, aber auch das sie gescheitert sind und es dann andere Regierungsbildungen gab (prominentestes Beispiel war das Scheitern der Sondierungen von CDU/CSU/FDP und Grünen auf Bundesebene - die FDP beendete die Gespräche)

Zum Wahlergebnis im Wahlkreis und im Bezirk

Den Gewinnen der CDU in der Größenordnung von 10% hatten wir zu wenig entgegensetzen. Wir alle.

Dass der Beginn des Wahlkampfes dadurch geprägt war, dass die Grünen zum einen antraten mit dem Bewusstsein, dass sie dieses Mal ganz bestimmt und deutlich an der SPD vorbeiziehen würden und somit die Regierende Bürgermeisterin stellen würden und zum anderen die SPD sich darauf konzentrierte, gerade das zu verhindern, half nicht dabei. Auch wenn die Umfragen schon gute Ergebnisse der CDU signalisierten, beschäftigten sich SPD und Grüne mit Koalitionskonflikten und nicht mit der Ausrichtung der Opposition. In Steglitz-Zehlendorf versuchten wir die gute Arbeit der neuen Zählgemeinschaft von Grünen, SPD und FDP positiv und in Gegnerschaft zur CDU zu kommunizieren (auch mit eigenen Postkarten und Teilen im Flyer für Bezirksthemen). Das ging in die richtige Richtung und hat vielleicht dazu beigetragen, dass Steglitz-Zehlendorf insgesamt überdurchschnittliche SPD-Werte erreicht hat und etwas überraschend nun vier (!) Mitglieder im Abgeordnetenhaus stellt statt bisher drei. (S-Z hat 20,2% Zweitstimmen und Berlin insgesamt 18,4% bei der SPD.)

Im Wahlkreis 2 Südende will ich allen danken, die mit viel Einsatz zu einem guten Wahlkampf beigetragen haben - auch Freunde und Unterstützer von anderen Wahlkreisen. Das berührt und macht froh. Die Erststimmen lagen bei 24,1%. Das war zu wenig. Zwar mehr als in den anderen Wahlkreisen, die mit 19,9%, 21,7%, 22,1%, 21,3%, 19,9% und 18,5% ins Ziel gingen. Auch mehr als die grüne Kandidatin, die 22,2% der Stimmen hatte (mit 21,7% lagen wir auch um 1% vor den Grünen bei den Zweitstimmen). Aber eben mit 3,8% Verlust nicht ausreichend gegenüber dem CDU-Kandidaten, der 10,2% zulegen konnte und bei

31,3% landete. Insgesamt ist es der CDU scheinbar gelungen, sich auch als Protestpartei zu positionieren, schaut man auf die Ergebnisse von AfD und FDP und anderen.

Woran es gelegen hat?

Zu den Fehlern

Dass die SPD keine Abschlusskundgebung durchführte, kann beim besten Willen nicht als Zeichen der Stärke gewertet werden.

Die SPD-Führung ist nach der Wahl 2021 immer mit der Tonlage angetreten, dass bislang viel Mist gemacht worden sei und man jetzt aber (mit Franziska Giffey an der Spitze) aufräume. Das war falsch. Dass dann die Parteiführung (Giffey/Saleh) in der letzten Woche vor der Wahl entdeckte, dass die CDU Berlin schlecht rede und dagegen hielt, konnte nicht mehr wirken. Eine Woche gegen 1,5 Jahre. Ich denke, dass man Fehler und das, was schlecht läuft, immer offen kommunizieren kann (und muss) und dann auch daran arbeiten kann. Ein Beispiel: dass Berlin in den letzten 10 Jahren einen großen Aufstieg hingelegt hat, hätte viel mehr in den Mittelpunkt gehört. Berlin hat 2014 ungefähr dort gestanden, wo NRW stand - mit 97% BIP pro Kopf vom Bundesdurchschnitt. Jetzt ist Berlin überdurchschnittlich mit mehr als 105% BIP pro Kopf und NRW ist bei 97% geblieben und halt ‚nur‘ durchschnittlich gewachsen. Also ist Berlin kein gescheiterter Staat. Ein weiteres Beispiel: selbst bei der fehlerhaften Wahl 2021 hätte man ohne Fehler zu leugnen, die extrem passive und defensive Position vermeiden können, um dem Landesverfassungsgericht nicht diesen Aufmarschplatz zu bieten, dass jetzt das große Aufräumen der generellen Berliner Unfähigkeit angesagt sei.

Kurz vor der Wahl hat Franziska Giffey einmal gesagt, dass Berlin gut sei und besser als manches andere Bundesland, was man auch daran sehe, dass die Entlastungsprogramme in Berlin ohne Neuverschuldung verwirklicht werden konnten. Das ist auch gut. Doch vorher hatte die SPD-Fraktion - was falsch war - eine Nettoneuverschuldung im Nachtragshaushalt beschlossen und das (zumindest intern) damit verteidigt, dass man populistisch sein wolle und dass man damit die Stimmen schon bekommen werde. Also war die Botschaft nicht stimmig - und das wurde auch gemerkt.

Übrigens: Stimmenkauf funktioniert nie, politische Linie hingegen, wenn sie glaubwürdig durchgehalten wird, schon. Auch wenn es eine gewisse Voreingenommenheit des Autors dieser Zeilen beim Thema geben kann: die SPD hat über Jahrzehnte in Berlin die Finanzkompetenz gehabt und, durch die zahlreichen landeseigenen Betriebe, auch eine starke Auswirkung auf die Berliner Wirtschaft. Dies war nicht zuletzt nötig, weil die SPD Berlin nach dem Größenwahn von Landowsky und Diepgen saniert und wieder nach vorne gebracht hat. Die Übergabe dieser Ressortverantwortung an die Grünen und das offensichtliche Desinteresse an diesem Thema hat der CDU den Zugang zu ihren angestammten, aber in Berlin verspielten Kompetenzfeldern, leichtfertig wieder geöffnet.

Koalitionen sind kein Zufall oder sollten es zumindest nicht sein.

Die Forschungsgruppe Wahlen hat dem ZDF kurz vor der Wahl berichtet, dass das wichtigste Thema in Berlin Wohnungen und Wohnungsneubau ist. Das taucht in der Zusammenstellung leider nicht auf. Eine Einschätzung von mir zu diesem Thema geht in die Richtung, dass in dem jetzigen Regierungsbündnis im Land Berlin die Gemeinsamkeiten nicht zugenommen haben und - vielleicht wenn die Möglichkeit nach der Wahl besteht - der Erneuerung bedürfen.

Drei Beispiele:

1. Wenn die Grünen aus rein taktischen Motiven das Klimavolksbegehren unterstützen, das erzwingen will, dass zweistellige Milliardensummen u.a. aus dem Wohnungs- und Schulbau abgezogen werden, um bis 2030 etwas zu erreichen zu suchen, was nicht geht, wird von den Grünen Neubau nicht gewollt.
2. Wenn die Linkspartei mit dem Volksbegehren ‚Deutsche Wohnen enteignen‘ erzwingen will, dass mittlere zweistellige Milliardensummen in Entschädigungen fließen sollen und gleichzeitig einer begrenzten Gruppe in Berlin Mietsenkungen versprochen werden, wird für Neubau nichts übrig bleiben.
3. Wenn beide faktisch in der parlamentarischen Arbeit alle größeren Bauvorhaben bekämpfen, stimmt die Aussage der Koalitionsvereinbarung, dass Neubau vorrangig ist, schlicht für beide nicht mehr. Also gute Gründe, Gespräche über Gemeinsamkeiten nach den Wahlen zu führen - wenn es einen Auftrag dazu gibt.



Am Wahlabend hat Infratest-Dimap der ARD berichtet, dass ganz knapp wichtiger als Wohnen bei dieser Wahl sogar noch das Thema Innere Sicherheit gewesen sei. Mir erscheint diese Positionierung auf Platz 1 nicht wirklich überzeugend, aber auch bei diesem Thema gilt, dass nach außen dringende Gemeinsamkeiten des bisherigen Regierungsbündnisses in Berlin selten sind. Wenn sich die SPD als Berlin-Partei versteht, dann müssen wir Antworten auf sämtliche Fragen der Berlinerinnen und Berliner finden. Sicherheit darf kein Privileg für die Oberschicht sein. Auch hier ist also Erneuerung erforderlich.

Die Berlinerinnen und Berliner haben die Koalition zwar bestätigt, aber gleichzeitig auch abgestraft durch ein beeindruckendes Ergebnis für die CDU. Das macht ein ‚Weiter so‘ schwierig bis sehr schwierig – eine Koalition der Wahlverlierer ist nicht ‚sexy‘. Insofern ist eine Koalition der CDU mit der SPD oder mit den Grünen wahrscheinlicher und plausibler als einer Fortsetzung der geschwächten bisherigen Koalition. Es ist illusorisch, dass es politische Bündnisse ohne Kälbereien gibt. Durch die verkürzte Zeit in dieser Legislatur, bedingt durch zwei Wahlkämpfe, ist es wichtig, dass die Arbeit im Senat zügig weitergehen kann. Eine Fortsetzung der Koalition rot-grün-rot ist eigentlich nur dann möglich, wenn auch dem letzten klar ist, dass die Gemeinsamkeiten nicht ausreichen, um eine Koalition mit der CDU einzugehen. Schwierig für die SPD: es wird auch den Grünen auffallen, dass bei einem nahezu Gleichstand an Mandaten (solche Beispiele gibt es nicht nur in Israel) die Zeit für die politische Spitze geteilt werden kann. Das hieße eineinhalb Jahre unter SPD Führung im Senat und eineinhalb Jahre unter Grüner Führung.

Freue mich über Reaktionen
Matthias Kollatz